

Vor wenigen Tagen rückte im texanischen Städtchen Shepherd ein bewaffneter Armeeveteran mit Kampffähren der Texas Freedom Fighters vor einem Tattoo-Studio an. Der Mann im Kampfpanzug sicherte der Eigentümerin seinen Schutz zu, weil sie entgegen dem amtlichen Verbot ihren Laden wieder öffnen wollte. Mit seiner Schrotflinte vor der Brust erklärte der Anführer, Mr. Campbell, den Reportern: «It's not for looks. We're willing to die.»

Gerade weil Mr. Campbell beteuerte, dass der Aufmarsch keine Show sei, war es ein grosser Auftritt. Wie in Texas stürmen auch in Deutschland neuerdings kühne Frauen und Männer die Bühne, um etwa ihr Leben auch für die Freiheit, jederzeit tätowiert zu werden, dahinzugeben. Der Veteran aus Shepherd gab das Stichwort, als er sagte, es gehe nicht um das, was man sehe, sondern um Leben und Tod. Er führt damit eine weltweite Community von Narren an, die im Kampf gegen die Unfreiheiten, die das unsichtbare Virus allen aufbürdet, sterben wollen. Ein Narr ist nach Psalm 53 derjenige, der zu sich spricht: «Es gibt keinen Gott.» Das heisst in nachbiblischer Sprache: «Ich glaube nur an das, was ich sehe.»

Mit den Narren versammeln sich dieser Tage viele Menschen auf den Strassen. Ihr Aufstand gegen das Unsichtbare ist grosses Theater. Die Auftritte erinnern sehr an eine Szene in Bertolt Brechts Stück «Leben des Galilei». Darin machen sich Mönche und Gelehrte über Galileis Einsicht lustig, dass sich die Erde um die Sonne und um ihre eigene Achse dreht. Die Kirchenmänner spielen Komödie, indem sie albern lachend durch den Vatikan torkeln, als drehte sich unter ihnen der Boden. Da sie ihren Augen nur trauen, wenn sie lesen, weigern sie sich, durch Galileis Fernrohr zu sehen, dass sich die Planeten offenbar ohne Tanzmeister im Kosmos drehen.

Die Proteste unserer Tage gegen die unsichtbaren Kräfte hinter der Corona-Heimsuchung sind vielfach von dieser Art. Ihre Wortführer zeigen sich unfähig zu begreifen, dass es Übel gibt, die zufäl-

Auftritt der Narren auf dem Theater der Freiheit

Der Corona-Lockdown war eine Reaktion der Vernunft gegenüber einer Bedrohung, deren Dimensionen völlig unklar waren. Jetzt erheben sich die Stimmen derer, die ganz genau wissen, was Sache ist.

Gastkommentar von Manfred Schneider

lige und nur schwer erkennbare Ursachen haben. Stattdessen folgen sie dem paranoiden Denkmekanismus, der das Zufällige und Unsichtbare irdischer Übel einem Urheber zuschreibt. Den Glauben an Teufel und Dämonen hat die Aufklärung zwar ausgetrieben, aber ihre Rollen wurden neu an Akteure vergeben, die nach teuflischer Art die Macht in der Welt ergreifen wollen. An der Spitze dieser Besetzungsliste stehen immer noch Juden, aber auch der Kapitalismus, der Islam, China oder die Migranten figurieren darauf. In den letzten Wochen erhielten auch der Papst, Bill Gates oder Virusforscher die Schurkenrolle in dem vermeintlichen Komplott.

Das paranoische Denken kann sich nicht mit dem Zufall abfinden, dass aus mikrobakteriellen und viralen Lebenswelten besonders winzige Wesen auftauchen und die höher entwickelte Lebensform, für die wir uns halten, heimsuchen. Die Paranoia tastet sich daher durch das fürs blanke Auge Unsichtbare und Zufällige, bis sie ein konspiratives Gespenst erhascht. Hingegen hat sich noch nie ein Lottogewinner über eine Verschwörung des Glücks beschwert.

Ausdrücklich schliessen die verfassungsgesetzlichen Garantien und Freiheitsrechte alle Narren ein. Gewiss mag es Massnahmen geben und gegeben haben, die sich im Lichte besserer Erkennt-

nis als übertrieben oder gar als unnötig erweisen. Aber dafür muss die bessere Erkenntnis erst einmal gewonnen sein.

Das paranoische Denken ist nicht verrückt. Wir alle neigen dazu, sobald uns unbekannte Übel beunruhigen. Unsere Rationalität ist auf die Probe gestellt, wenn sich die Ursachen der Phänomene entziehen. Aber da wir immer noch ein wenig im Bann magischen Denkens stehen, haben wir in der Corona-Zeit allerlei Stellvertreter-Übel bekämpft: das Haus entrümpelt, kranke Nachbarn unterstützt, aussterbende Vögel gezählt, ungeliesene Bücher gelesen. Immerhin haben wir uns nicht allzu weit von Immanuel Kants Erkenntnis entfernt, dass Freiheit darin besteht, Einsicht in die Notwendigkeit zu gewinnen.

Jetzt lernen wir aber auch die Weisheit früher Propheten schätzen. Vor sehr langer Zeit antwortete sie auf unsere Frage, woher die Übel kämen: Sie kommen von euch selbst. O weh, sagten wir, wird sich das denn nie ändern? Doch, sagten die Propheten, irgendwann kommt ein Erlöser, und alles wird wieder gut! Cool, freuten wir uns, aber wie lange müssen wir warten, bis er kommt? Na ja, meinten die Propheten, ein paar Jahrtausende wird es wohl schon dauern, manchmal dauert es auch eine Ewigkeit. Na gut, sagten wir damals, weil wir keine Narren sein wollten, dann warten wir einfach.

In Medienberichten werden die Protestierenden, die heute mit abwegigen Komplottideen gegen die Freiheitseinschränkungen der Behörden auftreten, als «Verschwörungstheoretiker» bezeichnet. Der Ehrentitel «Theoretiker» ist nur gerechtfertigt, wenn man bedenkt, was das altgriechische Wort *theoréin* bedeutet: «bei öffentlichen Spielen zu schauen». Die Verschwörungstheoretiker sind Zuschauer ihres Auftritts als Narren auf dem Theater der Freiheit.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.



Mehr Zusammenarbeit bei Verteidigungsprojekten würde zu erheblichen Spareffekten führen. MINDAUGAS KULBIS / AP

Europas Wehrwille hängt nicht allein am Geld

Angesichts der exorbitanten Kosten der Corona-Krise wecken die Verteidigungsausgaben die Begehrlichkeit der Sparer. Dabei wäre es für Europa Zeit, die Ressourcenverschwendung durch nationale Alleingänge zu beenden. Gastkommentar von Markus Kaim und Ronja Kempin

Dieser Tage mehren sich die Stimmen, die dafür eintreten, dass die Verteidigungshaushalte der EU-Staaten von den absehbaren Sparrunden in den europäischen Hauptstädten ausgenommen werden: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dürfe Covid-19 nicht zum Opfer fallen. Nationale wie europäische Regierungen sollten die Verteidigungsausgaben sogar noch erhöhen, um den Erhalt der europäischen Verteidigungsindustrie zu sichern; Europa werde sein Ziel, strategisch autonom zu handeln, allein dann erreichen, wenn der Verteidigungssektor durch EU-Konjunkturprogramme, allen voran durch den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF), gestärkt werde. Dieser Schritt wiederum werde die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU in einem unsicheren Umfeld steigern.

Dieses Plädoyer für eine industriepolitische Engführung der Debatte beruht auf mehreren fragwürdigen Annahmen:

Es ist erstens ein Allgemeinplatz, dass die Covid-19-Pandemie die internationale Sicherheitspolitik verändern wird. Ohne Beleg ist jedoch die Aussage, die Pandemie werde die europäische Nachbarschaft so unsicher machen, dass die EU mehr als bisher zum militärischen Handeln gezwungen sei. Vielmehr sind in Syrien, Jemen, der Ostukraine und Libyen derzeit sehr unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. Langfristig könnte ein ganz anderer Faktor Wirkung entfalten: Der jüngste Sturz des Ölpreises dürfte Russland, Saudiarabien und die Vereinigten Arabischen Emirate überlegen lassen, ob bzw. wie lange sie ihre militärischen Interventionen in Syrien, Libyen und Jemen fortzusetzen bereit sind. Eine friedlichere europäische Nachbarschaft wäre die Folge.

Zweitens treffen die Pandemie und die mit ihr einhergehenden wirtschaftlichen Folgen die Grossmächte USA und China ebenso wie die Regionalmächte Russland, Saudiarabien, Türkei oder eben die EU. Washington und Peking werden die Folgen der Rezession ebenfalls deutlich spüren und sicherheitspolitische Massnahmen auf absehbare Zeit nur dann erwägen, wenn sie zugleich den wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder nutzen. Der dann möglicherweise amtierende US-Präsident Joseph Biden dürfte überdies geneigt sein, ab Januar 2021 die Hand wieder verstärkt in Richtung der EU auszustrecken und die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen wiederzubeleben.

Drittens ist die Feststellung, der Aufbau einer schlagkräftigen europäischen Verteidigungsunion sei ohne eine europäische Verteidigungsindustrie schlechterdings nicht vorstellbar, vom falschen Ende her gedacht: Es reicht nicht, auf den Aufbau einer rüstungsindustriellen Basis sowie militärischer Fähigkeiten zu setzen und zu hoffen, dass die Bereitschaft für deren Einsatz schon folgen werde. Denn die jüngsten Initiativen in diesem Bereich haben nicht zu mehr oder ambitionierteren militärischen Operationen geführt, im Gegenteil: Im Januar 2020 waren 17 EU-Missionen mit rund 5000 Soldaten im Einsatz. Im Vergleich mit 2015 ist dies ungefähr die gleiche Anzahl von Missionen, aber die Zahl des entsandten Personals ging von 6000 zurück. Die Fokussierung auf die Fähigkeitsent-

Die Finanz- und Schuldenkrise hat nicht ausgereicht, eine Europäisierung der Verteidigung anzustossen. Die Covid-19-Krise bietet nun eine zweite Chance.

wicklung scheint den sicherheitspolitischen Handlungswillen also eher zu bremsen als zu befördern.

Viertens irrt, wer meint, der EDF rette die europäische Verteidigungsfähigkeit. Der seit 2017 bestehende Fonds kann bestenfalls als Katalysator wirken, der gemeinsame Projekte der Mitgliedstaaten unterstützt, indem er bis zu 20 Prozent von deren Kosten trägt. Bis jetzt lassen die Mitgliedstaaten jedoch wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit erkennen. Vielmehr beschaffen sie 80 Prozent ihrer militärischen Ausrüstung und ihrer Fähigkeiten national. Dieser Mangel an Kooperation verursacht jährliche Kosten, die auf rund 21 Milliarden Euro geschätzt werden. Hier sollte ansetzen, wer nach Geld sucht. Eine Europäisierung der bisher nationalen Rüstungssektoren verspricht deutlich höhere ökonomische Effizienzgewinne.

Fünftens steht es den Mitgliedstaaten frei, ihre nationalen Rüstungsmärkte zu öffnen und einen europäischen Binnenmarkt für Rüstungsgüter zu schaffen. Denn es herrschen keine einheitlichen Regulierungen, die dafür sorgen, dass europaweit nach gemeinschaftlichen Regeln produziert und verkauft wird. Nationale Reservate, Sonderregelungen oder politische Vorgaben wären in einem europäisierten Rüstungsgütermarkt gar nicht mehr oder kaum noch möglich. Auch die Entscheidung darüber, konkurrierende Unternehmen zusammenzuschliessen, staatliche Zuschüsse oder den Verkauf von Waffen an Drittstaaten zu gewähren oder zu verbieten, wäre den Mitgliedstaaten entzogen.

Vor einem Jahrzehnt hat die Finanz- und Schuldenkrise nicht ausgereicht, mit Blick auf die ökonomischen Vorteile eine wirkliche Europäisierung dieses Politikfeldes anzustossen. Die Covid-19-Krise bietet dafür nun eine zweite Chance.

Markus Kaim ist Helmut-Schmidt-Fellow der Zeit-Stiftung und des German Marshall Fund in Washington. **Ronja Kempin** ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.